Antrag

der Abgeordneten Jens Beeck, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Christian Dürr, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Dr. Jürgen Martens, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Rechtsstaatlichkeit in Lateinamerika stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sechs Milliarden Menschen leben in Ländern mit ernsthaften Korruptionsproblemen. Schätzungen zufolge werden jährlich eineinhalb Billionen US-Dollar durch Korruption aus den produktiven Wirtschaftskreisläufen entwendet (<https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2058429-Corona-Krise-als-Naehrboden-fuer-Korruption.html>).

In Entwicklungs- und Schwellenländern können die fehlenden Mittel kaum kompensiert werden. Die Folgen sind katastrophal – sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf sozialer und politischer Ebene. Politische Institutionen werden verwundbar, das Erreichen von wichtigen Reform- und Entwicklungszielen wird gehemmt und die staatliche Rechtmäßigkeit in Frage gestellt. Der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wird erschwert, worunter insbesondere die ärmsten Bevölkerungsgruppen leiden. Der direkte Zusammenhang von Armut und Korruption eines Landes ist unverkennbar (<https://www.bmz.de/de/themen/korruption/hintergrund/index.html>).

Insbesondere der lateinamerikanische Subkontinent leidet unter der unklaren Trennung von Recht und Politik: Justiz, politische und wirtschaftliche Interessen verwachsen zunehmend; zudem hat die Bevölkerung nur einen sehr eingeschränkten Zugang zur Justiz, was sich im Bereich des Strafrechts in einer hohen Straflosigkeit widerspiegelt: In über 90 Prozent der Fälle kommt es der Stiftung Wissenschaft und Politik zufolge (SWP) zu keiner Verurteilung. Auch, dass sich Teile der Strafverfolgungsbehörden für politische oder wirtschaftliche Interessen instrumentalisieren lassen, ist umfassend belegt. Versuche, diese Missstände auf

nationaler Ebene zu ändern, waren bislang nicht erfolgreich. Entwicklungspolitische Programme externer Akteure zur Rechtsstaatförderung stießen auf Widerstand, da sie die innere Souveränität und die institutionelle Autonomie berühren. Die Folge: Vertrauensverlust der Bevölkerung. Spätestens seit dem Odebrecht-Skandal ist deutlich: Korruption und Straflosigkeit sind zwei zentrale Probleme des Rechtsstaats in Lateinamerika (https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2020A09_ilm.pdf).

Der Jahresbericht der Antikorruptionsorganisation Transparency International bestätigt einmal mehr: Die Korruptionsbekämpfung in Lateinamerika stagniert. Vor allem Venezuela und Haiti zählen der Organisation zufolge zu den korruptesten Staaten der Welt. Auch Mexiko und Nicaragua werden als Verlierer in der Korruptionsbekämpfung genannt. In beiden Ländern hat dem aktuellen Bericht zufolge die Korruption seit 2012 im amerikanischen Vergleich am stärksten zugenommen. Auch Staaten, die inzwischen eine Anti-Korruptions-Agenda verfolgen, tun sich mit der Umsetzung ihrer Reformen schwer und geraten ins Stocken. Mit Uruguay steht nur ein einziges Land im Kampf gegen die Korruption gut da: Im internationalen Vergleich belegt der Staat in der Studie Platz 21 und schneidet damit sogar besser ab als die USA oder die westeuropäischen Staaten Spanien und Frankreich. Insgesamt stehen die südlichen Länder Lateinamerikas besser da, als die nördlichen Länder des lateinamerikanischen Subkontinents (https://images.transparencycdn.org/images/2019_CPI_Report_EN_200331_141425.pdf).

Die Corona-Krise verschärft die Lage und stellt Lateinamerika vor die größten politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der vergangenen 50 Jahre (<https://www.dw.com/de/beunruhigende-corona-nachwirkungen-in-lateinamerika/a-53598622>). In vielen Staaten nehmen autoritäre Regierungsmuster zu. Die Krise wird für den weiteren Abbau der Demokratie ausgenutzt. Staatliche Durchgriffs- und Eingriffsrechte werden dazu eingesetzt, die präsidentielle Macht weiter zu festigen und die Gewichte zwischen den staatlichen Gewalten, aber auch innerhalb der Exekutive, dauerhaft zu verschieben; zivile Protestbewegungen werden unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung unterdrückt, politische Machtfragen entschieden, ohne interne Kontrollen zu durchlaufen und Anti-Korruptions-Mechanismen werden vielerorts aufgrund der Pandemie und des Zeitdrucks ausgesetzt (https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2020A35_lateinamerika.pdf).

Die Pandemie hat die meisten Staaten Lateinamerikas massiv getroffen und das unterfinanzierte Gesundheitswesen zum Einsturz gebracht. Jeder dritte Corona-Tote kommt aus Lateinamerika. Von den acht Millionen infizierten Menschen sind 300.000 an dem Virus gestorben. Fünf der zehn Länder mit der höchsten Sterberate befinden sich hier (<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/coronavirus/impfstoff-tests-in-lateinamerika-das-corona-labor-16956488.html>). Brasilien und Mexiko etwa gehören zu den vier Ländern mit den meisten Todesfällen. Zu den neun Staaten mit den meisten Covid-19-Infektionen zählen Brasilien, Kolumbien, Peru, Argentinien und Mexiko (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/lateinamerika-arbeitslosigkeit-corona-101.html>).

Die Krise bietet einen idealen Nährboden für Korruption. Dabei ist der Gesundheitssektor schon in normalen Zeiten besonders korruptionsanfällig. Bei der Beschaffung medizinischer Ausrüstung wurden nun in mehreren lateinamerikanischen Staaten Fälle von Korruption bekannt. In Ecuador gaben staatliche Krankenhäuser über 600.000 US-Dollar für Leichensäcke aus, die einen Marktwert von nicht einmal 50.000 US-Dollar hatten. In Honduras verschwand fast eine Million US-Dollar an Hilfsgeldern und in Argentinien kaufte ein Mittelsmann veraltete N-95-Masken für das zehnfache des Marktpreises. Für Beatmungsgeräte, die

einen Marktwert von unter 10.000 US-Dollar haben, wurde bis zu 50.000 US-Dollar ausgegeben (<https://www.dw.com/de/wie-die-corona-krise-den-umgang-mit-korruption-in-lateinamerika-veraendert/a-53655809>). Auch der Handel mit Sauerstoff findet auf Schwarzmärkten zu absurden Preisen statt und treibt ganze Familien in den finanziellen Ruin. So können Krankenhäuser in Peru ihre Patienten nicht mit ausreichend Sauerstoff versorgen und müssen Angehörige auffordern, eigene Sauerstoffflaschen zu organisieren (<https://www.tagesschau.de/ausland/peru-corona-103.html>). Zwei Unternehmen kontrollieren dort rund 90 Prozent des Sauerstoffmarkts (<https://www.rnd.de/gesundheit/knappes-gut-in-peru-wird-der-sauerstoff-in-corona-krise-knapp-J3XQWV5FXHXDC6NBKVU5TIBTDM.html>). Hinter dem Marktführer, der 80 Prozent der Lieferverträge hält, steckt die deutsche Linde-Gruppe, der bereits 2013 von der peruanischen Kartellbehörde ein Bußgeld wegen illegaler Preisabsprache verhängt wurde (<https://www.dw.com/de/corona-peru-fehlt-der-sauerstoff/a-54964599>).

Die Bundesregierung erkennt Korruption als globales Problem an. Bundesminister Müller erklärte Korruptionsbekämpfung sogar zum obersten Ziel der Entwicklungszusammenarbeit. Ihm zufolge sei Korruption das größte Entwicklungshemmnis weltweit und verantwortlich für die Armut von Millionen Menschen. In der neuen Strukturreform BMZ 2030 wird Bereitschaft zur Bekämpfung von Korruption als wesentliches Kriterium für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit definiert (https://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2020/januar/200123_Minister-Mueller-Korruptionsbekaempfung-hat-oberste-Prioritaet-in-unserer-Zusammenarbeit/index.html). Trotzdem werden Länder wie Haiti und Guatemala, die massiv unter Armut und Korruption leiden, künftig aus der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit gestrichen, während andere hochkorrupte Länder weiterhin als bilaterale Partner gefördert werden.

Das verdeutlicht nicht nur die Inkohärenz innerhalb des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; die vom Auswärtigen Amt initiierte Lateinamerika- und Karibik Konferenz 2019 legt einmal mehr offen, dass auch innerhalb der Bundesregierung eine abgestimmte Strategie zwischen den Ressorts fehlt (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/lateinamerika/lateinamerika-karibik-initiative/2219874>).

Strukturelle Defizite und gute Regierungsführung können nicht von außen erzwungen werden. Um politische Reformprozesse zu ermöglichen und Korruption nachhaltig zu bekämpfen, müssen konstruktive und belastbare Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft aufgebaut werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. sicherstellen, dass die Staaten Lateinamerikas weiterhin im Kampf gegen Armut und Korruption durch die Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden. Dazu muss die Bundesregierung ihr zur Verfügung stehende Instrumente der bilateralen, multilateralen sowie nicht-staatlichen Zusammenarbeit nutzen;
2. die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dazu zu nutzen, Korruptionsbekämpfung verstärkt auf die europäische Agenda zu setzen und eine verbindliche Koordinierung der entwicklungspolitischen Maßnahmen voranzutreiben, um geschlossen die Einhaltung von rechtsstaatlichen Standards zu fördern und zu fordern;

3. eine abgestimmte außen-, und entwicklungspolitische Strategie zur Korruptionsprävention und –bekämpfung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Lateinamerika vorzulegen, die an die neuen Herausforderungen der Corona-Pandemie angepasst ist und diese im nächsten Schritt mit den europäischen und internationalen Partnern abstimmen;
4. Maßnahmen und Programme im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in den Staaten Lateinamerikas verstärkt auf Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatförderung zu konzentrieren und dabei
 - a. Partnerländer verstärkt bei der Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) zu unterstützen;
 - b. den fachlichen Austausch mit lokalen Institutionen und Akteuren zu stärken, die sich für einen besseren Zugang zu einer unabhängigen Justiz einsetzen und deren Leistungsfähigkeit fördern;
 - c. nicht-staatliche- und zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere im Gesundheitssektor, verstärkt im Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit einzubinden;
 - d. bestehende entwicklungspolitische Strukturen zu nutzen, um kurzfristig Antikorruptionsmaßnahmen im Gesundheitssektor umzusetzen;
 - e. die Staaten Lateinamerikas bei der strafrechtlichen Aufklärung von Korruption zu unterstützen;
5. multilateraler Organisationen, Projekte und Initiativen zu stärken, die ihren Fokus auf Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatförderung legen und die Unabhängigkeit der Justiz fördern;
6. sicherzustellen, dass deutsche Unternehmen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen einhalten;
7. die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung in Lateinamerika in einer umfangreichen Evaluierung zu überprüfen und dem Deutschen Bundestag vorzulegen. Die Ergebnisse und Empfehlungen aus der Evaluierung sollen bei laufenden und neuen Maßnahmen dringend berücksichtigt werden;
8. wirksame Monitoring- und Kontrollsysteme vorzulegen, die illegale Finanztransaktionen verhindern und die Transparenz für die eingesetzten Mittel aus der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern evaluieren und sicherstellen.

Berlin, den 15. April 2021

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.